



Medienmitteilung

Datum 24.11.2016
Sperrfrist 24.11.2016, 16.45 Uhr

Bund, Kantone und Privatsektor vereint gegen nichtübertragbare Krankheiten

Der Bund, die Kantone und die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz verstärken ihre Zusammenarbeit im Präventionsbereich. Der Massnahmenplan für die Nationale Strategie zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten wurde im Rahmen des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik von Bund und Kantonen genehmigt. Ausserdem verabschiedete der Dialog Massnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und einen Aktionsplan zur Suizidprävention.

Bund, Kantone, Gesundheitsförderung Schweiz und der Privatsektor gehen gemeinsam gegen die nichtübertragbaren Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-, Atemwegs- und Muskel-Skelett-Erkrankungen oder Diabetes vor. Der Massnahmenplan umfasst 14 Massnahmen, die in drei grosse Handlungsfelder unterteilt werden: Prävention und Gesundheitsförderung in der allgemeinen Bevölkerung, Prävention in der Gesundheitsversorgung sowie Prävention in der Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Ein innovativer Ansatz soll beispielsweise die Prävention besser in die Gesundheitsversorgung einbinden. Die Gesundheitsfachleute und insbesondere die Hausärztinnen und -ärzte sollen eine Schlüsselrolle spielen, indem sie die Patientinnen und Patienten bei ihren Entscheidungen systematisch unterstützen und sie bei jedem Behandlungsschritt über die Möglichkeiten für eine gesunde Lebensweise informieren.

Anstrengungen zu Gunsten von älteren Menschen

Da ältere Menschen anfälliger für nichtübertragbare Krankheiten sind, müssen zu ihrem Schutz besondere Anstrengungen unternommen werden. Kantonale Präventionsprogramme sollen gestärkt werden und sollen insbesondere bei dieser Zielgruppe Schwerpunkte setzen, zum Beispiel bei der Mangelernährung. Die Programme sollen älteren Menschen auch helfen, möglichst lange eine optimale Lebensqualität zu wahren.

Die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor wird ebenfalls verstärkt, denn die Wirtschaft soll zu einem tragenden Pfeiler der Prävention werden. Das Ziel ist der Aufbau von Partnerschaften mit Unternehmen, um die Gesundheit von Arbeitnehmenden sowie Konsumentinnen und Konsumenten zu verbessern. Mit der Initiative actionsanté haben sich

beispielsweise Unternehmen der Lebensmittelbranche dazu verpflichtet, den Zuckergehalt bestimmter Produkte zu reduzieren.

Die nichtübertragbaren Krankheiten betreffen in der Schweiz einen Viertel der Bevölkerung und verursachen 80 Prozent der Kosten im Gesundheitswesen. Dieses Leid und seine wirtschaftlichen Auswirkungen werden mit der Alterung der Bevölkerung noch zunehmen. Es besteht somit Handlungsbedarf: In der Hälfte der Fälle könnte eine gesunde Lebensweise die Krankheit verhindern oder ihre Folgen mildern.

Kantonale Aktionsprogramme für die psychische Gesundheit

Auch im Bereich der psychischen Gesundheit arbeiten der Bund, die Kantone und die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz stärker zusammen. Im Laufe eines Jahres leidet gemäss Schätzungen bis zu einem Drittel der Schweizer Bevölkerung an einer psychischen Krankheit. Zahlreiche Kantone haben bereits Präventionsprogramme gestartet. In einem Bericht zur Erfüllung eines Postulates der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (13.3370), den der Bundesrat letzte Woche verabschiedet hat, zeigt er auf, wie der Bund die Kantone bei der Umsetzung ihrer Programme unterstützen will, um die psychische Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz wird dazu ab 2017 kantonale Aktionsprogramme zur psychischen Gesundheit finanzieren.

Viele Suizide wären vermeidbar

In die Massnahmen des Bundes und der Kantone eingebettet ist die Suizidprävention. Um diese gesamtschweizerisch zu verstärken haben Bund und Kantone aufgrund eines Vorstosses aus dem Parlament (Motion Ingold 11.3973) den Aktionsplan Suizidprävention verabschiedet. Ziel ist es, bis 2030 die jährliche Zahl der Todesfälle um 300 Fälle zu reduzieren.

Schliesslich haben Bund und Kantone im Rahmen des Dialogs Nationale Gesundheitspolitik beschlossen, die Nationale Demenzstrategie bis 2019 zu verlängern. Sie wurde 2014 gestartet und umfasst insgesamt 18 Projekte, die von verschiedenen Akteuren im Gesundheitsbereich durchgeführt werden.

Adresse für Rückfragen:

Peter Lauener, Mediensprecher EDI, Tel. 079 650 12 34

Stefan Leutwyler, GDK, Stv. Zentralsekretär, 079 748 65 30

Heidi Hanselmann, Präsidentin Gesundheitsförderung Schweiz, 058 229 35 70

Hinweis für Medienschaffende:

Bundesrat Alain Berset, Regierungsrätin Heidi Hanselmann und Regierungsrat Thomas Heiniger stehen für Interviews um ca. 16.50 Uhr zur Verfügung.

Ort: Restaurant Schmiedstube (1. Stock), Schmiedenplatz 5, 3011 Bern.

Weitere Informationen:

- zu den nicht-übertragbaren Krankheiten:
www.bag.admin.ch/ncd
- zur psychischen Gesundheit:
<http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/14149/16197/index.html>
- zur Suizidprävention:
<http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/14149/14173/14972/index.html?lang=de>